

Israel rückt immer weiter nach rechts, dem Abgrund zu

Sylvain Cypel, Ezra Nahmad, orientxxi.info, 06.01.23

Am 30. Dezember 2022, dem Tag nach der Ratifizierung der neuen Koalitionsregierung durch das israelische Parlament, forderten die Vereinten Nationen den Internationalen Gerichtshof auf, ein Gutachten über „die andauernde Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch Israel“ abzugeben.

Meinungsumfragen zeigen, dass junge Amerikaner:innen Israel häufig als Apartheidstaat betrachten, während Ben Gvir unter den jungen Israelis die höchsten Werte erzielte!

„Andauernd“ ist der richtige Ausdruck. Die UN-Generalversammlung hat zahlreiche Resolutionen verabschiedet, in denen die Siedlungen und andere illegale Aktivitäten Israels in den seit Juni 1967 besetzten Gebieten verurteilt werden, aber vergebens, denn die Rechtsverletzungen haben nie aufgehört.

Wie bei ihren Vorgängern ist auch diese jüngste Resolution der UN-Generalversammlung (86 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, darunter die USA, das Vereinigte Königreich und Deutschland, und 53 Enthaltungen, darunter Frankreich) nicht durchsetzbar. Drei Tage später kündigte Israel die Vertreibung von 1.000 Einwohnern von Masafer Yatta in der Westbank an, um Platz für einen „Schießübungsplatz“ für seine Armee zu schaffen.

Israel hat sich gerade eine Regierung zugelegt, die kolonialistischer und militanter jüdisch ist als je zuvor. Wie lange werden seine wichtigsten Unterstützer, die USA und die EU, einen solchen Staat noch schützen? Die amerikanischen Medien sind alarmiert. Die *Associated Press (AP)* ist der Meinung, dass die neue Regierung „Israel auf Kollisionskurs mit seinen engsten Verbündeten, allen voran den USA und der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft, bringt“.

Joe Biden, der sein Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung unterstrich, gratulierte Benjamin Netanyahu zwar, und sein Außenminister Antony Blinken erklärte, die USA würden „die Regierung an der Politik und den Verfahren und nicht an einzelnen Persönlichkeiten bewerten“, aber Washington ist beunruhigt über die Koalition, die in Tel Aviv die Macht übernimmt.

Die ersten Signale, die sie von Netanjahu erhielt, kamen nicht gut an. Die Politik Israels wird in den Augen der US-Regierung immer problematischer, vor allem aus einem innenpolitischen Grund, denn die Kritik an Israel nimmt unter jungen Demokrat:innen immer weiter zu. Darüber hinaus haben mehr als 300 amerikanische Rabbiner angekündigt, jeden Kontakt zu Mitgliedern der neuen israelischen Regierung abubrechen, da sich die amerikanische jüdische Gemeinschaft zunehmend distanziert.

Das Verhalten des „jüdischen Staates“ wird vor allem unter den jungen Juden und Jüdinnen als immer schrecklicher empfunden. Die von Netanjahu angekündigten Maßnahmen werden sie nicht zur Umkehr

veranlassen. Amerikanische Juden fragen sich: Ist es an der Zeit, die Unabhängigkeit von Israel zu erklären?“, schreibt der amerikanische Historiker Eric Alterman.

Der israelische Premierminister richtete das Amt eines „Ministers für strategische Angelegenheiten“ ein, der der eigentliche Chef der internationalen Politik sein wird, während sich das Außenministerium auf diplomatische Nettigkeiten beschränken wird. Verantwortlich für diese „strategischen Angelegenheiten“ ist kein Geringerer als Ron Dermer, ein langjähriger Vertrauter Netanjahus. Er war es, der 2015 im Bündnis mit republikanischen Kongressabgeordneten die Demütigung Barack Obamas im Kongress über das versuchte Atomabkommen mit dem Iran inszenierte. Dermer, der damals Botschafter in Washington war, gehörte zu den lautstärksten Anhängern Trumps.

Gefährliche Zugeständnisse an das Lager der Siedler

Um seine Macht im israelischen Parlament zu festigen und den Anklagen vor Gericht zu entgehen, hat Netanjahu seine Zugeständnisse an das „Siedlerlager“ verdoppelt. Er hat eine Premiere eingeleitet: 55 Jahre nach Beginn der Besetzung der Westbank wird der israelischen Armee die absolute Kontrolle über die Operationen in den besetzten Gebieten entzogen. Der neue Finanzminister Betzalel Somtrich, der der radikalen extremen Rechten angehört, soll alle zivilen Aktivitäten in der Westbank übernehmen – vor allem also die Ausweitung der Siedlertätigkeit. Damit wirkt der Ministerpräsident wie ein Schwächling. Es braucht nur eine kleine Anzahl seiner religiösen Verbündeten um ihn im Stich zu lassen, und schon ist es mit seiner Koalition vorbei.

Netanjahus Zugeständnisse sind also ein Vorbote zweier drohender Konflikte. Eine davon ist ein Wiederaufleben des palästinensischen Aufstandes in den Gebieten und im Staat Israel selbst. Netanjahu hat soeben die Ausweitung der Siedlertätigkeit in der Westbank angekündigt und künftige Annexionen versprochen, ohne ein Datum zu nennen, was nichts Neues ist. Aber wird es ihm gelingen, Itamar Ben Gvir, den neuen Polizeichef, zu kontrollieren? Wie kann er einen Mann kontrollieren, der während seiner gesamten Karriere rassistische Gewalt verkörpert hat? Die palästinensischen Bürger Israels, insbesondere die in Ostjerusalem, müssen sich auf das Schlimmste gefasst machen. *Haaretz* erinnert daran, dass Ben Gvir bis vor kurzem von der Abteilung für jüdischen Terrorismus des *Shin Beth* beobachtet wurde. Und da sein Alter Ego, Betzalel Smotrich, die zivilen Angelegenheiten in der Westbank beaufsichtigt, müssen die unter Besatzung lebenden Palästinenser:innen eine rasante Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und eine noch gewaltsamere Unterdrückung befürchten.

Sowohl Gvir als auch Smotrich sind mit den extremsten jüdischen Siedlerkreisen in der Westbank verbunden. Die Akten ihrer Anhänger sind voll mit Plänen zur Enteignung der Palästinenser:innen und zur Beschlagnahmung ihres Besitzes, vor allem ihres Landes. Mit der Ankunft von Ben Gvir und Smotrich an der Macht hat das Gefühl der Straffreiheit für die Siedler:innen einen Höhepunkt erreicht, was die Befürchtung aufkommen lässt, dass die ohnehin schon ständigen Angriffe auf die Palästinenser:innen (und Israelis, die sie unterstützen) noch weiter zunehmen werden. Kaum hatte Ben Gvir die Stelle angetreten, eilte er zum Gelände der Al-Aqsa-Moschee, um seine Absichten kundzutun.

Einige hochrangige israelische Militärs haben bereits ihre Angst vor einem neuen palästinensischen Aufstand geäußert. Der scheidende Generalstabschef der Armee, Avi Kochavi, unterrichtete Netanjahu über seine

Befürchtungen. Im Radio äußerte sich General Nitzan Alon, ehemaliger militärischer Befehlshaber in der Westbank von 2009 bis 2012, sehr deutlich: „Die Situation in Judäa und Samaria ist heute viel schwieriger als zu meiner Zeit“, sagte er. Befugnisse an Ben Gvir und Smotrich zu geben, ist „eine Dummheit“. „Sie versuchen, in den Gebieten im Hintergrund Chaos zu stiften, ohne dass eine formelle Entscheidung getroffen wurde.“ „Ich denke, das ist das von dieser Regierung angestrebte Szenario“.

Vorerst wurde der Armee mündlich zugesichert, dass keine Entscheidung ohne ihre vorherige Zustimmung getroffen wird. Aber bei Netanjahu, Ben Gvir und Smotrich werden solche Versprechen nur von Leichtgläubigen geglaubt. Die beiden Komplizen haben bereits ein Gesetz vorgeschlagen, das ein Moratorium von zehn Jahren vorsieht, bevor ein ausscheidendes Mitglied der Armee ein politisches Amt übernehmen kann (derzeit sind es drei Jahre). Ein Weg, um Generäle im Ruhestand aus dem Verkehr zu ziehen.

Die andere Bedrohung, die sich in Israel abzeichnet, kommt von der inneren Front, insbesondere von den tiefgreifenden „Reformen“, die Netanjahu zugesagt hat. An erster Stelle steht die Schwächung der Befugnisse des Obersten Gerichtshofs. Seine Entscheidungen könnten von der Knesset aufgehoben werden, und auch die Ernennungen für die Richterschaft würden vom Parlament kontrolliert werden.

Dies würde die Verabschiedung von Gesetzen ermöglichen, die vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen wurden, weil sie nicht mit den 14 Basisgesetzen übereinstimmen, die das Grundgesetz bilden. Zweitens die Verabschiedung eines „Plans für Recht und Gerechtigkeit zur Änderung des Justizsystems und zur Stärkung der israelischen Demokratie“. Für Netanjahus Gegner bedeutet dies, dass sie der Demokratie einen radikalen Rückschlag versetzen. Der Plan umfasst unter anderem Folgendes:

- Aufstockung der öffentlichen Zuschüsse für religiöse Schulen und Reduzierung ihrer Pflichtfächer wie Mathematik, Naturwissenschaften, Englisch, Geschichte usw. zugunsten des Religionsunterrichts;
- Die Ernennung eines rechtsextremen Abgeordneten, Avi Maoz, für das Amt des Kontrolleurs der Lehrpläne. Er ist bekannt für seinen Hass auf „sexuelle Abweichungen“ (LGBT) und den feministischen Kampf;
- Unternehmen, Krankenhäusern oder Einzelpersonen das Recht einräumen, den Verkauf, die Vermietung oder die Zusammenarbeit mit LGBT-Personen zu verweigern (eine Erweiterung des bereits geltenden Verweigerungsrechts für die Vermietung oder den Verkauf von Immobilien an Araber).

Geplant ist auch eine sehr restriktive Änderung des „Rückkehrgesetzes“. Bisher stand die Verleihung der Staatsangehörigkeit allen offen, der ein jüdisches Großeltern teil hatte. Der neue Vorschlag sieht die Anwendung des talmudischen Rechts (*Halacha*) vor, wonach die jüdische Identität nur über die mütterliche Linie weitergegeben wird.

Unter einer solchen Regelung würde ein gutes Drittel der Juden aus der [ehemaligen] UdSSR und ein großer Teil der amerikanischen Juden in den Augen des Großrabbinats ihre Anerkennung als Juden und Jüdinnen verlieren. Dasselbe gilt für Juden und Jüdinnen, deren Mütter von „Reformrabbinern“ konvertiert wurden, was in den USA gängige Praxis ist.

Diese Amerikaner:innen würden sofort ihre jüdische Identität und das Recht verlieren, israelische Staatsbürger:innen zu werden, wenn sie dies wollten. Mehrere Hunderttausend Juden und Jüdinnen, israelische oder andere, sind davon betroffen.

Für die Palästinenser:innen, denen seit einem Dreivierteljahrhundert jegliches Recht auf Rückkehr verwehrt wird, hat das keine große Bedeutung. Aber für die Mehrheit der amerikanischen Juden, vor allem den jungen, ist dies ein Skandal. Meinungsumfragen zeigen, dass sie Israel häufig als Apartheidstaat betrachten, während Ben Gvir unter den jungen Israelis die höchsten Werte erzielte!

Im November 2018 brachten zwei rechtsextreme israelische Abgeordnete einen Gesetzentwurf ein, der vorsieht, dass ein Soldat „nicht als Verdächtiger befragt werden darf und für jede in Ausübung seiner Pflichten begangene Handlung oder erteilte Anweisung straffrei bleibt“. Im Oktober 2022 wurde ein identischer Gesetzentwurf eingebracht, der von 23 Abgeordneten unterzeichnet wurde. Acht von ihnen wurden Minister oder stellvertretende Minister in Netanjahus neuer Regierung.

Die „Reformen“ werden nicht unbedingt alle vom Parlament verabschiedet werden. Die Bürgermeister der großen Gemeinden haben bereits angekündigt, dass sie die Zusammenarbeit mit Avi Maoz im Bildungsbereich ablehnen werden. Aber was die Grundlagen betrifft, so hat Netanjahu eine komfortable Mehrheit. Die meisten israelischen Analysten sind der Ansicht, dass es in der Gesellschaft zu ernsthaften Umwälzungen kommen könnte, die die demokratischen Rechte in Frage stellen und den religiösen Kreisen und den Korruptesten zugute kommen. Zwei Tage vor der Vorstellung der neuen Regierung verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das es dem Rabbiner Arie Dery* – einem wichtigen Wahlverbündeten des Premierministers – ermöglicht, ein Ministeramt zu übernehmen, obwohl er wegen Steuerbetrugs angeklagt ist. Von einem solchen Parlament hat Netanjahu in Zukunft offensichtlich wenig zu befürchten.

In Israel wächst die Angst vor religiösem Druck und einer starken Erosion der Demokratie. Doch auch wenn der Kreuzzug der extremen Rechten gegen den säkularen Liberalismus in Israel massiven Widerstand hervorruft, kann er nicht von der antipalästinensischen Ausrichtung des Staates getrennt werden, so das Online-Magazin +972. Je mehr die israelische Gesellschaft in hektische Identitätspolitik verfällt, desto mehr erkennen diejenigen, die anders denken, dass der Ausweg aus der Krise in einem gemeinsamen Weg mit den Palästinenser:innen liegt. Die zionistische Linke, die die demokratischen Normen bewahren und gleichzeitig die Identitätsideologie weiterhin akzeptieren will, verschwindet allmählich von der politischen Bühne, wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben.

Der westlicher Exzeptionalismus gegenüber Israel muss aufhören

Im November 2018 brachten zwei rechtsextreme israelische Abgeordnete einen Gesetzentwurf ein, der vorsieht, dass ein Soldat „nicht als Verdächtiger befragt werden darf und für jede in Ausübung seiner Pflichten begangene Handlung oder erteilte Anweisung straffrei bleibt“. Dies lief darauf hinaus, die Legalisierung von Verbrechen in das Militärgesetzbuch aufzunehmen. Dieser Text wurde nie in öffentlicher Sitzung

des Parlaments erörtert. Im Oktober 2022 wurde jedoch ein identischer Gesetzentwurf eingebracht, der von 23 Abgeordneten unterzeichnet wurde. Acht von ihnen wurden Minister oder stellvertretende Minister in der neuen Regierung von Netanjahu.

Da haben wir's. Joe Biden und Antony Blinken warten darauf, sich selbst ein Urteil zu bilden, während die antikoloniale israelische Linke die westlichen Mächte erneut auffordert, die systematische Straffreiheit der israelischen Regierung zu beenden. „Während sich die Apartheidverbrechen verschlimmern, muss der westliche Exeptionalismus gegenüber Israel aufhören“, schreibt Michael Sfard, einer der wichtigsten Verteidiger der Rechte der Palästinenser:innen in Israel. Ein Gefühl, das von den progressiven Israelis geteilt wird: Ohne energischen und entschlossenen Druck seitens der Verbündeten Israels wird die israelische Gesellschaft, die in ihrem triumphalistischen Kolonialismus gefangen ist, nicht in der Lage sein, ihr Fortschreiten zum Schlimmsten zu stoppen.

Israel oder die rasante Entwicklung zum Schlimmsten

Ezra Nahmad

Wie lässt sich der Weg Israels definieren und verstehen? Sein unaufhaltsamer, unvermeidlicher Abstieg, über mehrere Jahrzehnte, in den Abgrund, ist außergewöhnlich. Betrachten wir andere nahe gelegene Länder wie Iran oder Syrien. Dort gibt es viele Menschen die sich gegen den Untergang stemmen und bereit sind, ihr Leben zu opfern. In Israel tendiert eine große Mehrheit in diese Richtung, und der Rest der Bevölkerung ist entweder gleichgültig oder taub.

Vielleicht sollte man sich darauf einigen, was Israels fatale Entwicklung ist. Das Land ist unbestreitbar eine militärische und technologische Macht. Aber das Alltagsleben, das soziale und kulturelle Klima sind so düster wie die militärische und polizeiliche Technologie glänzend ist: sie scheinen in entgegengesetzte Richtungen zu weisen. Die militärischen und technologischen Kräfte, die eng miteinander verflochten sind, basieren auf der Vervollkommnung des dem palästinensischen Volk zugefügten Unrechts.

Mit der Zeit konnte diese barbarische Form des israelischen Fortschritts nur durch Landraub, militärische Unterdrückung, polizeiliche Überwachung und Übergriffe voranschreiten. Israels Stolz und Freude sind nur durch die Systematisierung, Industrialisierung und Kommerzialisierung der gegen die Palästinenser:innen entwickelten kriminellen Technologien entstanden. Die Entstehung dieser staatlichen Tätigkeit ist ein ebenso erstaunliches wie ungeheuerliches Phänomen. Zynisch ausgedrückt könnte man sagen, dass alle Verdienste Israels letztlich den Palästinenser:innen zu verdanken sind, ohne die der Staat zweifelsohne nicht das wäre, was er heute ist. Für den Zustand des Landes ist das ein wesentlicher Punkt. Die Gewalt der Siedler und der Armee gegen die Palästinenser:innen und die rassistischen Gesetze werden hauptsächlich in der Westbank praktiziert, obwohl auch die Araber:innen in Israel unter einer Vielzahl von diskriminierenden Gesetzen leiden. Im Laufe der Zeit haben diese Verbrechen die Moral, die Intelligenz und die Kultur des Staates Israels immer weiter beschädigt. Genau darum hat das Land gerade eine Regierung aus korrupten, rassistischen Männern gebildet, mit Ministern, die offen zur Errichtung eines theokratischen Staates aufrufen, zur Trennung von Männern und Frauen im öffentlichen Raum, zur Segregation von Homosexuellen, zur Verschärfung der Apartheidgesetze gegen alles, was nicht zu einer immer paranoideren Form des Judentums passt.

Dass die Israelis solchen politischen Vorhaben zustimmen, zeugt von ihrem zunehmenden Verlust an moralischer Orientierung. Die israelische Kultur hat ihren Sinn für Humor oder Glück, ihre Neugier oder ihr Interesse an anderen Menschen verloren. An ihre Stelle ist ein depressiver Autismus getreten, der sich in der Rolle des Opfers suhlt, und Subkulturen, die von Aberglauben durchsetzt sind. Man sagt uns, dass die meisten jungen Menschen die Ideen der neuen israelischen Regierung unterstützen. Ihre Beteiligung an den Kollektivverbrechen, die den Palästinenser:innen während ihres Militärdienstes zugefügt werden, hat viel damit zu tun, aber die Indoktrination beginnt bereits in der Schule in zartem Alter.

Im offiziellen israelischen Diskurs wird behauptet, dass die in der Westbank – einer Art Niemandsland für die Israelis – begangenen Verbrechen die Menschen innerhalb des Landes nicht beeinflussen. Doch die Traumata der Israelis, kriminelle Taten, die in jungen Jahren begangen wurden, verdrängte Traumata, die zum Schweigen gebracht werden, aber dennoch real sind, belegen das Gegenteil. Diese Verrohung ist eher ein Zusammenbruch, weil sie von einer großen Mehrheit des Volkes herbeigeführt wird, in einer Logik der Einseitigkeit, die sich seit Jahrzehnten fortsetzt, in einem rasenden Tempo zum Äußersten, das immer düsterere Vorstellungen in einem verblendeten Denken hervorbringt.

Ein Volk, das mit immer brutalerer Gewalt ein anderes Volk unterjocht, das im selben Raum lebt, wird letztendlich seinen eigenen Dämonen erliegen und seinerseits zu einem versklavten Volk werden. Dies ist kein Gesetz, sondern das logische Resultat einer Reihe von Entscheidungen. Die Dynamik des Abrutschens des Staates Israels ist nicht einzigartig in der Welt und dies wird von einer wachsenden Zahl von Individuen und Gruppen weltweit bekämpft.

Sylvain Cypel war Mitglied der Redaktion von *Le Monde* and previously Chefredakteur von *Courrier International* und von *Les emmurés. La société israélienne dans l'impasse* (La Découverte, 2006) und von *L'État d'Israël contre les Juifs* (La Découverte, 2020).

Ezra Nahmad: Geboren in der Nähe von Nazareth, Autor mehrerer Reportagen in Israel, wohin er regelmäßig reist. Er hat die Foto-Trilogie *Without/Sans* (2013), *Sounds Hell* (2015) und *Leave* (2016) bei Peperoni Books (Berlin) verfasst. Er ist auch Kunstkritiker für mehrere in Frankreich erscheinende Zeitschriften. Er lebt und arbeitet in Paris.

Quelle: <https://orientxxi.info/magazine/israel-ever-more-to-the-right-a-race-to-the-abyss,6139>

* Das Höchste Gericht hat sich inzwischen gegen die Ernennung eines Mitglieds der neuen Regierung gestellt. <https://www.jungewelt.de/artikel/443052.israel-gericht-gegen-ernennung-von-minister.html>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de+